

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Skandal von Weimar.

Rücktritt der „Ordnungsregierung“ im Landtag gefordert.

Jena, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstagssitzung des Landtags von Thüringen führte die Ordnungsregierung unter dem Eindruck des Weimarer Justizskandals eine lebende Komödie auf. Der volksparteiliche Abgeordnete Baur-Sondershausen, der Parteifreund des Justizministers Leutheuser, stellte eine Anfrage, ob die Behauptungen der Linkspresse über eine Einwirkung des Justizministeriums auf das Verfahren gegen Loeb richtig sei oder nicht. Entgegen allen bisher geübten Gepflogenheiten beantwortete der Justizminister Leutheuser, der auch Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei ist, diese Anfrage sofort und gab dabei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, daß weder er noch die Beamten des Justizministeriums der Staatsanwaltschaft nach dem Generalstaatsanwalt in der Reineidsache gegen Loeb irgendwelche sachlichen Anweisungen gegeben hätten. Auch der Generalstaatsanwalt habe keine Anweisung darüber gegeben, in welcher Weise auf Grund der Hauptverhandlung die Staatsanwaltschaft ihre Anträge stellen solle. Weiter heißt es dann in der Erklärung, daß der Generalstaatsanwalt den Oberstaatsanwalt Dr. Frieders mit der Vertretung der Anklage betraut hätte, weil Frieders in einem Bericht vom 7. Mai 1925 selbst gemeldet habe, daß er die Sache Loeb in Gemeinschaft mit dem Staatsanwaltschaftsrat Floel bearbeite. Weiter sei aber keine Anweisung ergangen.

Nach dieser Erklärung des Justizministers übergaben die Rechtsbestände des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders der Presse folgende Erklärung:

„Die Regierungserklärung bedarf in wesentlichen den Oberstaatsanwalt Dr. Frieders betreffenden Punkten der notwendigen Berichtigung. In der Erklärung heißt es: „Die Maßnahmen des Generalstaatsanwalts beruhen einmal auf dem Bericht des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders selbst vom 7. Mai 1925, in welchem dieser meldete, daß er selbst die Sache Loeb in Gemeinschaft mit dem Staatsanwaltschaftsrat Floel bearbeitet habe.“

Demgegenüber stellen wir fest, der Bericht vom 7. Mai 1925 ist eine Geschäftsüberlicht über das verfloffene erste Halbjahr des Jahres 1925, die von dem Generalstaatsanwalt durch besondere Verfügung vom 28. März/24. April 1925 zu statistischen Zwecken mit der Maßgabe eingefordert war, daß die Tätigkeit jedes Beamten bis ins Einzelne anzugeben sei. Der Bericht enthält demzufolge in einer Fußnote außer anderen Einzelheiten, in denen der Oberstaatsanwalt gearbeitet hat, auch das Verfahren wegen Meineids gegen Loeb mit dem Zusatz „in Gemeinschaft mit Staatsanwaltschaftsrat Floel.“ Diese Angabe bezog sich auf die in das erste Halbjahr des Jahres 1925 fallende Vernehmung in Berlin und Frankfurt a. Main sowie die dazu erforderliche Akteneinsicht. Dagegen war aus späteren schriftlichen Mitteilungen an die

vorgelegte Dienststelle und aus der öffentlichen Stellungnahme des Oberstaatsanwalts klar ersichtlich, daß er an der weiteren Bearbeitung nicht mehr beteiligt war.“

Zu den weiteren Ausführungen der Regierungserklärung muß hervorgehoben werden, daß die Anweisung an die Staatsanwaltschaft daselbst vom 19. Oktober 1925 trägt wie der Sondererlass des Generalstaatsanwalts, der dem Oberstaatsanwalt Dr. Frieders abweichend von dem Inhalt der Generalverfügung die Mitvertretung der Anklage im Verfahren gegen Loeb anbefahl. Beide sind also erst kurz vor der Hauptverhandlung gegen Loeb entstanden und eingegangen.

Es war aber bereits einige Zeit zuvor vom Justizministerium aus über den Kopf des Oberstaatsanwalts hinweg mit dem Sachbearbeiter Staatsanwaltschaftsrat Floel darüber verhandelt worden, daß der Erste Staatsanwalt Wurmrich aus Jena die Anklage vertreten sollte. Aus dieser Sachlage ergibt sich mit schärfster Deutlichkeit, daß der Oberstaatsanwalt Dr. Frieders zu jener Zeit nicht mehr als Mitarbeiter an der Sache Loeb bei den oberen Dienststellen gelten konnte, da ja sonst drei Staatsanwälte die Anklage erhoben hätten.

Diese Erklärung des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders spricht für sich. Aus ihr geht zunächst mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Justizminister Leutheuser gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit glatt die Unwahrheit behauptet hat. Weiter gibt Frieders in seiner Erklärung nun aber auch das sorgsam gehütete Geheimnis des Loeb-Prozesses preis: Vor der Hauptverhandlung sind im Justizministerium unter Umgehung des verantwortlichen Chefs der Anklagebehörde Verhandlungen über die Durchführung des Verfahrens gegen Loeb gepflogen worden. Der Skandal gewinnt also immer mehr an Ausdehnung. Hinzu kommt noch, daß unser Jenaer Parteiblatt den Staatsanwaltschaftsrat Müller, der an Stelle von Frieders die Mitvertretung der Anklage übernahm, in aller Deutlichkeit fragt, ob es richtig sei, daß er wenige Tage vor der Hauptverhandlung dem Angeklagten Loeb gegenüber seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben habe, daß Loeb mit Pausen und Zwischenpausen freigesprochen werden müsse.

Das Blatt fragt den Staatsanwaltschaftsrat Müller, was ihn veranlaßt habe, den Befehl zur Mitvertretung der Anklage auszuführen und sich gegen seine Überzeugung und sein Gewissen mit den ungeheuerlichen Strafanträgen des Staatsanwaltschaftsrats Floel zu identifizieren. Schon in seiner geistigen Ausgabe forderte unser Jenaer Parteiblatt den sofortigen Rücktritt des Justizministers, und bei dem am Dienstag im Landtag von Thüringen begonnenen Staatsverhandlungen hat der ehemalige Innenminister Genosse Herrmann die Forderung nach dem Rücktritt der gesamten Staatsregierung erhoben.

Staatshilfe für Schlesien.

Notlage des schlesischen Bergbaues. — Deutsch-polnischer Zollkrieg.

Von Immanuel Birnbaum (Breslau).

Die katastrophalen Zustände in den schlesischen Bergbaurevieren um Waldenburg und um Hindenburg haben in den letzten Wochen endlich wirkliche Hilfsmassnahmen in Gang gebracht. Das Hauptverdienst daran haben preussische Stellen, während das Reich sich zunächst leider noch sehr viel zurückhaltender gezeigt hat. Auf gemeinsamen Wunsch der Arbeitgeber und der Arbeiterorganisationen ist der allgemeinpolitischen Bedeutung dieser bedrohlichen Zustände jetzt dadurch Rechnung getragen worden, daß der preussische Innenminister, Genosse Severing, die Führung der Abhilfeaktion in die Hand nahm. Landtagsplenum und Staatsregierung sind auch rasch über das Stadium der Beratungen hinaus zu positiven Entschlüssen gekommen. Doch ist ihre Zuständigkeit durch die des Reiches immerhin eng begrenzt, so daß noch Entscheidendes zu wünschen übrig bleibt.

Auf vier Wegen erhoffen Bergarbeiter und Bergbesitzer Hilfe gegen die Folgen der internationalen Kohlenkrise für die ostdeutschen Reviere, deren Produktionsbedingungen infolge schlechten Ausbaues der Wasserstraßen, alleiniger Abhängigkeit von der tarifpolitisch beengten Reichsbahn und nicht zuletzt schlechter Konjunktur der Kohle verarbeitenden ostdeutschen Industrie infolge handelspolitischer Sperre der deutsch-polnischen Grenze besonders ungünstig geworden sind. Steuerpolitisches Entgegenkommen, Kreditvermehrung, Ermäßigung der Bahnfrachttarife und handelspolitischer Schutz ist das Vierkleblatt dieser Bergbauwünsche. Sowohl die Rückwirkung auf die übrigen Wirtschaftszweige wie auch die unmittelbaren Aussichten des Erfolges dieser vier Wege für die Bergarbeiter ist sehr verschieden einzuschätzen.

Steuerpolitisch wird von den Bergarbeitern mit Recht äußerste Zurückhaltung gegenüber den Bestrebungen auf Ermäßigung oder Stundung der Lasten der bergbaulichen Unternehmer gewahrt, die ja durch die Besitzsteuer-„Reform“ des Herrn v. Schlaben ohnehin bereits erheblich gemildert wurden. Schon in den Darlegungen der führenden Männer der schlesischen Staats- und Selbstverwaltung vor dem preussischen Oltauschuss wurde mit Recht eine bessere Verteilung des Steuerertrages vor allem aus der Hauszinssteuer für wichtiger gehalten. Gerade in den Bergarbeiterbezirken ist ja eine weit ausgiebigere Verwendung der Hauszinssteuergelder für den Wohnungsbau notwendig. Denn dort ist angesichts der niedrigen Löhne und der dementsprechend notwendigen niedrigen Mieterträge vom privatkapitalistischen Wohnungsbau noch weniger zu erwarten, als anderswo. Wenn in großen Bergarbeiterdörfern nur vier Prozent der Wohnungen von den Hygienikern als einwandfrei im Sinne ihrer Mindestforderungen bezeichnet werden, so ist das wohl die denkbar schärfste Kritik an der Hauszinssteuerpolitik Schlabens und seiner Reichstagsmehrheit. Innerhalb der durch das Reich leider gezogenen Grenzen ist wenigstens von Preußen in dieser Frage jetzt weitgehendes Entgegenkommen gesichert.

Die Kreditwünsche des Waldenburger Bergbaus sind im Landtag von den Kommunisten abgelehnt worden, die darin eine einseitige Hilfe für die Unternehmer zu finden meinen. Man wird auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus Kontrolle durch die Betriebsräte sowohl der Kreditbedürftigkeit als auch der Kreditverwendung bei den einzelnen Unternehmungen wünschen müssen und bedauern, daß eine solche Kontrolle gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchgeführt werden konnte. Ein gewisses Maß behördlicher Kontrolle ist aber doch gesichert worden. Auch kritische Bergarbeitervertreter nehmen an, daß unter dieser Aufsicht wenigstens die jetzt zu gewährenden öffentlichen Kredite ausschließlich zu volkswirtschaftlich nützlichen und besonders auch im Arbeiterinteresse liegenden Produktionserweiterungen und -umstellungen verwendet werden. Außerdem ist inzwischen vertraglich gesichert, daß auf Grund der Kreditgewährung in Waldenburg eine vorläufige Lohn-erhöhung von 7 Proz. dauernd beibehalten wird, während die Arbeitgeber sie ohne diese Kredite ablehnten und staatlichen Schiedszwang mit der allgemeinen Betriebschließung zu beantworten drohten. Indem das vermieden wurde, ist den Bergarbeitern ein fürchtbarer Kampf mit ungünstigen Aussichten erspart worden. Mit Recht hat daher der Bergarbeiterführer Genosse Franz im Landtag feststellen können, daß die öffentliche Kreditgewährung mit ähnlichen sozialen Garantien umgeben wurde wie bei der staatlichen Unterstützung der englischen Kohlengruben, deren Erzwingung doch gerade auch die Kommunisten als großen Sieg der Bergarbeiter feierten.

Ungelöst ist leider noch die Frage des Entgegenkommens der Reichsbahn vor allem durch Beteiligungen von Ausnahmetarifen. Die Hemmungen der Reichsbahn-Gesellschaft entspringen aus ihrer Lage als Reparationsbetrieb, dessen Leistungen zum Teil nach der Höhe der Mindestfrachttarife berechnet werden. Aber die Reichsbahn darf nicht länger mehr übersehen, daß ohne tarifpolitisches Entgegenkommen ihre Kohlenfrachten aus dem Osten bald überhaupt größtenteils aufhören müssen, was schließlich doch nicht im finanziellen Interesse ihres Betriebes liegen könnte. Die schlesischen Bergbauunternehmungen sind ja alle mehr oder weniger auf den früheren Ausnahmetarif hin überhaupt erst aufgebaut worden, und angesichts ihrer verkehrspolitisch un-

Der britische Arbeiterwahlsieg.

Ueberall Fortschritte in den Gemeinden.

London, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten Ergebnisse der Gemeindevahlen in Groß-London zeigen eine Stärkung der Arbeiterpartei um 65 Mandate, während die Liberalen 23 und die Konservativen 37 Mandate verloren haben.

London, 4. November. (Ill.) Einige Blätter wie „Daily Telegraph“ heben hervor, daß der Erfolg der Sozialisten recht bescheiden sei, und freuen sich der Tatsache, daß nicht eine größere Anzahl Gemeinden eine sozialistische Mehrheit zeigt. Dagegen bemerkt die „Daily Mail“ das Wahlergebnis als Anlaß zu erneutem Hinweis auf den Ernst der sozialistischen Gefahr. — In 80 großen Provinzstädten, abgesehen von London, haben die Konservativen 21, die Liberalen 22 Siege verloren; die Arbeiterpartei hat 47 Siege gewonnen.

Gesamtergebnis.

London, 4. November. (Ill.) Nach den endgültigen Berichten hat die Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen 132 Nettogewinne zu verzeichnen, darunter 47 in der Provinz und 85 in London. In London hat die Arbeiterpartei in 8 von 28 Gemeinderäten die Mehrheit. In den neuen Gemeinderäten werden 364 Arbeitervertreter und 1002 andere Vertreter sitzen, verglichen mit 277 bzw. 1083 bei den letzten Wahlen. (Die Zahl der Siege ist seit den letzten Wahlen vermehrt worden.)

Abd el Krim wünscht Frieden.

London, 4. November. (Ill.) Der Pariser Vertreter des „Daily Express“ bestätigt, daß ein Kriegsberichterstatter namens Vincent Shecan mit Friedensvorschlägen Abd el Krim in Rabat eingetroffen sei.

Französisches Flugzeug abgeschossen.

Paris, 4. November. (Havas.) Ein französisches Flugzeug wurde bei Sou-el-Kreta durch Rifabgelen abgeschossen. Die beiden Piloten lehnten die Aufforderung, sich zu ergeben, ab und wurden durch Gewehrschüsse getötet. Marshal Betain hat vor seiner Abreise aus Fes in einer besonderen Proklamation das Andenken dieser Piloten geehrt.

Attentat in Polen. Im Schnellzug Krakau—Ljesnischau wurde auf General Szepiel ein Revolverattentat verübt. Der General blieb unverletzt. Die Täter entkamen.

Amerikanische Jettörder auf dem Wege nach Syrien. Die „New York Herald“ aus Cairo meldet, sind gestern zwei amerikanische Jettörder auf dem Wege nach Syrien in Alexandria eingetroffen.

Nach der Pariser Abstimmung.

Einige Poincaristen für Painlevé — Pessimistische Pressstimmen.

Einige Stunden vor der gestrigen Abstimmung hatte die offiziöse Havas-Agentur eine Betrachtung über den voraussichtlichen Ausgang verbreitet, in der eine Mehrheit von etwa 25 Stimmen für Painlevé herausgerechnet wurde. Wenn diese Mehrheit um sieben Stimmen größer wurde, so ist das auf das überraschende Abweichen einiger ehemaliger Poincaré-Minister, z. B. Le Troquer, Colrat, Landry, die für die Regierung gestimmt haben, zurückzuführen. Sonst wäre die Regierungsmehrheit noch geringer geworden. Diese Gruppe von „Uebertäufern“ wird nun heute morgen von der Pariser Rechtspresse mit Vorwürfen überschüttet, doch dürfte ihr Verhalten bestimmte taktische Zwecke verfolgen: Diese ehemaligen und wohl auch noch heutigen Poincaristen wollen durch dieses Entgegenkommen Painlevé veranlassen, sich in Zukunft auf die Rechte zu stützen; ihre Unterstützung der Regierung könnte sogar die von ihnen gewünschte neue Regierungslösung und den von ihnen erstrebten endgültigen Bruch des Kartells der Linken beschleunigen, indem es den Sozialisten immer schwerer gemacht würde, dem Kabinett gegenüber Neutralität durch Stimmhaltung zu wahren.

Jedenfalls ist das Ministerium Painlevé durch die gestrige Abstimmung nur für die aller nächste Zeit gerettet. Die Kommentare der politischen Presse, sowohl der Rechten wie der Linken, zeigen deutlich, daß man von der Dauerhaftigkeit dieser Regierung bei Freund und Feind nicht viel hält. Sowohl das nationalisistische „Echo de Paris“ wie auch das neue linksradikale Organ „Bolonté“ sprechen von der Fortdauer der Regierungskrise. Nur einige wenige Linksblätter, darunter „Quotidien“ und „Deuxième“ meinen, daß man die Regierung nach ihren Taten beurteilen solle.

1600 Tote in Damaskus.

1200 auf den Straßen, 400 in den Häusern.

Alexandria, 4. November. (Ill.) Es verlautet, daß die französische Angabe, wonach bei der Beschießung von Damaskus etwa 1200 Menschen getötet wurden, sich nur auf die in den Straßen aufgefundenen Leichen bezog und daß 400 weitere Leichen in den Häusern vorgefunden wurden. Ein Reisender berichtet, daß der Präsident der Handelskammer von Damaskus von einem Senegalsoldaten erschossen wurde, weil er im Besitze eines Revolvers war und der Senegalese den Waffenföhen, der ihn dazu befugte, nicht lesen konnte.

Das neue kanadische Parlament besteht aus 118 Konservativen, 124 Liberalen und Progressiven, 2 Mitglieder der Arbeiterpartei, 1 Unabhängigen.

günstigen Lage ist die Höhe der Frachtsätze für sie eine entscheidende Existenzfrage. Es ist also unrichtig, daß der Dampfsplan die Reichsbahn zur Schädigung des Bergbaus zwingt.

Im ganzen sind die Wünsche des Bergbaus nach Hilfeleistung durch Verringerung in der Steuerpolitik — soweit sie sich hierin auf bessere Verteilung der Hauszinssteuererträge beschränken — auf Kreditgewährung und auf niedrigere Bahnzölle zweifellos auf dem richtigen Wege. Nicht ebenso über jeden Zweifel erhaben ist die vierte Methode der Hilfeleistung, die vorgeschlagen wird: der dauernde handelspolitische Schutz gegen die ostoberschlesische Konkurrenz. Man kann dabei von den Interessen des Grenzlanddeutschums auf neupolnischem Gebiet einmal ganz absehen. Auch dann bleibt die im Hauptausschuß des Landtags erhobene Forderung, keinesfalls mehr als 100 000 Tonnen ostoberschlesische Kohle hereinzulassen, überaus bedenklich. Es ist zunächst etwas anderes, ob der polnischen Regierung durch das Deutsche Reich die Abnahme eines bestimmten Kohlenkontingents bedingungslos garantiert werden soll oder ob nur Freiheit des Angebots in bestimmter Höhe gewährt wird. Von den deutschen Bergbaukreisen wird es oft so dargestellt, als ob ausschließlich die erste dieser beiden Möglichkeiten in Frage käme, die aber praktisch den ostoberschlesischen Gruben jede Preisforderung erfüllen würde und schon deshalb in Wirklichkeit ganz ausscheidet. Lehnt man aber Freiheit des Angebots in Höhe eines erheblichen Bruchteils des früheren Kontingents ab, dann bedeutet das eine Sicherung des deutschen Kohlenbergbaus auch gegen Preisunterbietung.

Die Schaffung eines derartigen Preismonopols muß die Produktionskosten der verarbeitenden deutschen Industrie schwer belasten. Darüber hinaus macht sie jede handelspolitische Verständigung mit Polen unmöglich. Polen kann und muß in mancher anderen Frage (Niederlassungsrecht, Liquidation deutschen Eigentums, Ausweisung deutscher Optanten, Einfuhrzölle für deutsche Waren) nachgeben. In der Sicherung seiner Kohlenausfuhr kann es angesichts des engen wirtschaftsgeographischen Zusammenhanges zwischen Ostoberschlesien und Deutschland auf deutsches Entgegenkommen nicht verzichten. Alle polnischen Fränsprecher eines verständigen Einlenkens in den übrigen Streitfragen sind an der Aufrechterhaltung dieser Forderung interessiert.

Eine doppelte Schädigung der ostdeutschen verarbeitenden Industrie durch ungünstige Beeinflussung ihrer Produktionskosten und gleichzeitige Aufrechterhaltung der Schädigung ihrer Ausfuhr ins nächst gelegene Ausland muß aber auch auf den Abfall der deutschen Kohle auf den inneren Markt ungünstig zurückwirken. Die Besserung des westoberschlesischen Kohlenabfahrs seit dem Zollkrieg scheint dem zu widersprechen. Doch ist diese Besserung nach Meinung kundiger Fachleute nicht zuletzt auf die Taktik des Ruhrbergbaus zurückzuführen, der während des Zollkrieges auf Kohlenendungen nach Ostdeutschland verzichtete, um die Durchhaltefähigkeit hier hochzuhalten. Hat der Ruhrbergbau damit sein Ziel der Ausschaltung des ostoberschlesischen Reviers einmal erreicht, so dürfte er auch den Wettkampf mit den westoberschlesischen und westoberschlesischen Revieren wieder aufnehmen, denen er in mancher Beziehung überlegen ist. Die künstliche Wirtschaftskriegskonjunktur dieser Bezirke dürfte so bald wieder zu Ende gehen. Die schlesischen Bergherren würden sich dann schließlich auch mit schlechterem Kohlenabfall zufrieden geben, wenn ihnen gleichzeitig für diese geringere Menge hohe Monopolpreise garantiert werden. Bezeichnenderweise hat sich das Gleiwitzer Kohlenyndikat gerade zu Beginn des deutsch-polnischen Zollkrieges erst auf Mindestpreise festgelegt, damit also erst zu einem echten Kartell umgewandelt!

Man wird die Bergarbeiter verstehen, wenn sie möglichst wenig Kohlenwagen jenseits der Grenze an gefüllten deutschen Häfen vorbeiziehen lassen möchten. Aber wenn sie aus dieser Stimmung heraus den Kurzschluß ziehen, handelspolitische Schutzwünsche ihrer Unternehmer zu unterstützen, so schädi-

gen sie damit nicht nur die Arbeiter der kohleverarbeitenden und der auf Export nach Polen angewiesenen Industrie. Sie stärken auch durch Förderung eines Preismonopols die zukünftige Stellung der Bergherren gegenüber sich, den Bergarbeitern selbst, indem sie den Unternehmern neue Stilllegungen wirtschaftlich erleichtern. So werden sie bei genauer Prüfung von den vier Wegen zur Bekämpfung der ostdeutschen Bergarbeiternot nur drei zur Benutzung empfehlen können und auf deren Ausnutzung dafür umso energischer dringen müssen.

Die „nationale Opposition“.

Die Stresemann-Partei ist nicht mehr „vaterländisch“.

Wenn die Deutschnationalen am Ende ihres Lateins sind, pflegen die „B. v. B. D.“, die „Bereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands“, sich regelmäßig in empfehlende Erinnerung zu bringen. Auch jetzt haben diese Allerweltspuischisten, denen früher der Ehren-Geisler den Namen gab, während jetzt nur noch der Balthuser v. d. Goltz für sie spricht, am Dienstag in einer Vertretertagung große Politik zu machen unternommen.

Die „Deutsche Zeitung“, ihr besonderes Sprachrohr, teilt freudestrahelnd mit, daß auf Einladung zwar die Völkischen durch Reventlow und die Deutschnationalen durch Quaaß sich vertreten ließen, daß aber die Deutsche Volkspartei keinen Vertreter geschickt hatte. Daraus wird das Verdammungsurteil gefolgert:

„Diese Partei scheint sich nicht mehr zur national-vaterländischen (?) Bewegung zu rechnen.“

Was aber durch die Abwesenheit der Volkspartei etwas versäumt wurde, das wurde durch die offiziellen Beitrittserklärungen des „Stahlhelm“ und des „Wermolt“ wieder wettgemacht, die ebenso wie der „Tannenberg-Bund“ sich bereit erklärten, in bezug auf Locarno und die damit verbundene Politik Schulter an Schulter mit den anderen Verbänden und in gemeinsamer Front zu kämpfen. Natürlich auch mit den Völkischen und den Deutschnationalen, die ohne weiteres in den großen „nationalen“ Oppositionstopf geworfen werden.

Was die „B. v. B.“ reden und beschreiben, ist für die Außenwelt nur von geringer Bedeutung. Da die Führer zumeist beschäftigungslose Offiziere sind, die zu ihrem eigenen Bedauern während des Weltkrieges keine Gelegenheit fanden, für das Vaterland zu sterben, so ist ihre nachträgliche Kriegsstimmung menschlich begreiflich, um so mehr als sie augenscheinlich ihren Beruf verfehlt haben. Politisch nicht unwichtig ist aber, daß jetzt sogar die Volkspartei als nicht mehr „national-vaterländisch“ anerkannt wird, und daß der „Stahlhelm“ und der „Wermolt“, beide von Stresemann verhasst, der erstere sogar unter Führung eines bekannten Volksparteilers stehend, sich jetzt offen in die Anti-Stresemann-Front einschleichen!

„Stahlhelm“, „Wermolt“, „Tannenbergbund“, „Jungdo“ und wie die Verbände tapferer Landsoldaten alle heißen mögen, haben die Bahl Hindenburgs als des „Retters“ mit besonderem Eifer betrieben. Jetzt bilden sie die Front gegen die Politik, die von Hindenburg ausdrücklich gebilligt und unter seiner Führung eingeleitet worden ist!

Aber auch nach dieser Bildung der „national-vaterländischen“ Front gegen Hindenburg-Luther-Stresemann werden Stahlhelm-Wermolt-Jungdo und all die anderen todsicher immer noch die besonderen Lieblinge jener „republikanischen“ Behörden bleiben, die sich bei Kriegesgeheimnissen vertreten lassen und dort Reden von „unwandelbarer Treue“ zum desertierten Kaiser, von „Fahnenraub und Kriegsverbrechen“ anhören, ohne dabei etwas anderes als inniges Behagen zu empfinden.

Wann wird jedoch die Einheitsfront der „National-vaterländischen“ endlich in den Wahlkampf geschickt? Wann sollen die unbedingt notwendigen Reumächien zum Reichstag stattfinden, die eine Mehrheit für den Nie-wieder-Krieg-Vertrag bringen werden?

Beratungen im Zentrum.

Vertrauliche Sitzung der Reichstagsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags trat heute vormittag unter der Leitung des Reichstanzlers a. D. Marx zu einer außerordentlich zahlreich besuchten Sitzung zusammen, um über die politische Lage zu beraten. Die führenden Mitglieder der Fraktion sind fast vollständig anwesend. Abg. Dr. Wirth ist von seiner Amerikareise noch nicht zurückgekehrt. Ob er sich der Zentrumsfraktion wieder anschließen wird, hängt von dem Ausgang des Zentrumsparlamentes in Kassel ab. Die heutigen Verhandlungen der Zentrumsfraktion sind streng vertraulich und werden den ganzen Tag in Anspruch nehmen.

Umfall der Wirtschaftspartei.

Amlich wird gemeldet:

In Fortsetzung der gestrigen Besprechung mit Vertretern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei empfing der Reichstanzler heute vormittag als Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung die Abgeordneten Hampe und Mollath. Das Ergebnis der Besprechung war, daß die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung dem Reichstanzler mitteilten, sie schloßen sich dem gestern verkauften Standpunkt der drei Vertrauensmänner der in der Regierung vertretenen Parteien an.

Es ist auffällig, daß bei der Besprechung der Führer der Wirtschaftspartei Prof. Dr. Brecht nicht zugezogen war. Brecht hatte sich im Auswärtigen Ausschuss gegen die Verträge erklärt. Die Gerüchte von Unstimmigkeiten zwischen der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei und ihrem Führer, die bisher immer wieder dementiert wurden, gewinnen durch diese Situation an Wahrscheinlichkeit.

Stahlhelm und Finanzministerium.

Ein Erlaß.

Die Republikanische Beschwerdestelle hatte Beschwerde darüber geführt, daß im Bezirk Hannover auffallend viele Finanz- und Zollbeamte im Dienst des Stahlhelms- und Jungdo-Nachrichten trugen. Der Präsident des Landesfinanzamts Hannover hat darauf an die untergeordneten Stellen folgenden Erlaß gerichtet: „Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß hier und da Reichsfinanzbeamte während des Dienstes Abzeichen politischer Organisationen tragen. Da die Reichsfinanzverwaltung als unpolitische Behörde Wert darauf legen muß, als solche in allen ihren Gliedern zu erscheinen, unterlasse ich hiermit den Beamten meines Geschäftsbereichs allgemein, während des Dienstes Abzeichen politischer Organisationen, einerlei, ob sie rechts oder links eingestellt sind, zu tragen.“

Befetzungsänderungen am Rhein.

Koblenz, 4. November. (WZ.) Der Bezirksdelegierte von Koblenz, General Wimpfen, hat um Erhebung von seinem Posten nachgesucht; diesem Ersuchen ist stattgegeben worden. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Bezirksdelegierte in Bonn Gellert ernannt. Ferner ist vor kurzem dem Kreisdelegierten von Speyer, Balot, der Posten als Generaldirektor der elsässisch-lothringischen Angelegenheiten in Paris übertragen worden. Zu seinem Nachfolger wurde nunmehr Rousseau ernannt, der schon einmal die Kreisdelegation von Speyer zeitweilig verwaltete.

Staute Börse!

Neue Konjunkturschwierigkeiten.

Die Tendenz war heute anfänglich recht gut behauptet, man beachtete günstiger lautende Berichte der Kommerz- und Privatbank. Als dann aber Gerüchte laut wurden, daß die für heute angelegte Sitzung des Montantrustes überhaupt nicht stattgefunden habe, wirkte sich dies auf sämtliche Montanaktien recht fürsdrückend aus. Namentlich im Phönix. Im weiteren Verlauf erhielten sich dauernd Gerüchte über weitere Konjunkturschwierigkeiten. Die Tendenz staut ab.

Proletarisches Weihnachtsspiel.

Von Edo Frank.

Was sollen wir zu Weihnachten spielen, wir Sozialisten, die wir diese Gesellschaft überwinden und eine neue Gesellschaftsform schaffen wollen? Eine neue Gesellschaftsform bedingt einen neuen Lebenswillen. Sollen wir schweigen an diesen Tagen, in denen die Legende von Bethlehem in unserem Blute lebendig wird? Oder sollen wir versuchen, dem Feste vom Erlöser der Bedrängten einen neuen Sinn, einen neuen Inhalt zu geben?

Winterjohannisfeier! Das ist vorläufig nur ein Wunschbegriff, ein Ziel. Aber die Verbindung von der „fühen Mär zu Bethlehem“ bis zu dem Lichtgebirg auf einmaler Höhe, sie bildet das Problem.

Was tun, um die erwartungsvollen Herzen nicht leer zu lassen? Die Gestalt des erlösenden Kindes muß erhalten bleiben; denn sie hat ihren Ursprung in dem Gefühl, daß nur der reine, unbewusste Mensch zu großen Taten berufen sei. Gleichzeitig liegt darin eine Heiligsprechung des Kindes im tiefsten menschlichen Sinne. In jedem Kinde schlummert eine erlösende Kraft. Jedes Kind ist ein Christuskind. Dieses ist das neue Ethos des sozialistischen Weihnachtsspiels. Das dramatische Spiel muß das Erbschaftskind glaubhaft machen. Es muß eine Handlung darstellen, in der dieses Kind die treibende Kraft ist.

Das Ereignis für diese Verherrlichung des Kindes ist die Sonnenwende. Das Kind wird geheiligt durch den ersten Strahl der neuen aufsteigenden Sonne, der seinen Scheitel berührt. An die Stelle der alten Weihnachtsgestalt tritt die Seligkeit des Lichtes, die Geburt der Sonne, die Geburt des neuen Menschen, der sich angesichts der neuen Sonnenherrlichkeit zu neuen Taten aufruft und so neu geboren wird. Unser neues sozialistisches Weihnachtsspiel darf dabei nicht minder interessant und nicht minder zauberhaft sein, als die überlieferten Spiele es teilweise für die Kinder waren. Da es muß in der Erneuerung seines Geistes und seiner Umwelt die allen abgegriffenen Rührstücke weit hinter sich lassen. Auch äußerlich muß das Spiel neue Wege gehen. Das alte stauische Bühnengestell muß überwunden werden. Das Podium, die leere Bühne, der Platz im Treiben, sie müssen die Plattform für andere Spiele werden.

In die Handlung hinein werden die Sprechchöre als Weiser und Ideale gestellt. Die rhythmischen Tänze, als Ausdrucksmittel des durch die Seele bewegten Körpers, müssen die leuchtenden Ornamente des neuen Spiels werden. Die Hörerschaft muß sich als Resonanz für das Spiel und als lösendes Echo zur Mitwirkung einschließen.

Obi es in der heutigen Literatur Laienspiele, die auf diesen Grundgedanken aufgebaut sind? Man kann wohl antworten: nein. Aber Anlässe sind vorhanden. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, hat jüngst ein

Preisausschreiben für ein Weihnachts- oder Sonnenwend-Laienspiel erlassen, wohl auch aus der Erkenntnis heraus, daß eine Anregung und eine Zusicherung der Verbreitung notwendig seien. Die sozialistischen Verfasser für eine so wichtige Aufgabe zu interessieren. Der Reichsausschuß geht von dem Wunsche aus, Laienspiele zu veranlassen, die einen künstlerisch befriedigenden Ausdruck für sozialistisches Leben und Streben darstellen. Selbständige dichterische Ausdrucksart mit eigenen Ausführungsformen werden gefordert. Einsatz von Chor, Lied, Instrumentalmusik, Sprechchor und Tanzspiel werden angefordert. Sie sollen die führenden Elemente in einer einfach gegliederten Handlung sein, die ihren Stoff aus der lebendigen Umwelt der Arbeit nehmen und dem Glauben und der Hoffnung schaffender, unterdrückter Menschen Ausdruck verleihen soll.

Es ist anzunehmen, daß dieser Aufruf zahlreiche sozialistische Laienspiele auf eine Stelle zusammenbringt, und es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß das Ergebnis die Arbeiterjugend und die Arbeitervereine vor neue Aufgaben und damit vor eine weitere Entwicklung stellen wird. Hoffentlich fällt die Entscheidung zeitig genug, damit die neuen ausgewählten Spiele noch in diesem Jahre ausgeführt werden können.

Wiener Fröhlichkeit in Berlin.

Sonett Frocks und kostbare Abendkleider mit freigelegten enthalten Rücken noch kostbarer Frauen haben sich selten zusammengesehen, wie gestern im Berliner Theater von Gaspard des Wiener Volksheaters. Man gab „Antonia“, ein Lustspiel des Ungarn Melchior Lengyel, das in Wien weit über hundertmal über die Bretter gegangen ist. Es sei fern von mir, den komplizierten Inhalt der Komödie mit ihren operettenhaft erzwungenen Konflikten und den unwahrscheinlich verzwickten Charakteren zu erzählen. Der Inhalt ist lieblos. Lengyels Stück ist eine Hymne auf die unergänzliche Lebensbejahung, auf die ewig fröhliche Festlichkeit ungarischer oder auch österreichischer Menschenfinder aus der großen Welt. Daraus kommt es hier an und auf das unergänglich lebendige Spiel der Wiener Schauspielerei. Die Russen haben wir in Berlin gehabt und Brandellos Italiener mit gewiß wertvolleren Komödien. Keiner ist unseren Herzen so nahe gekommen wie die Wiener. Sicherlich bleibt uns schwerbürtigen Norddeutschen Lengyels mondäne Komödie ein wenig weisensfremd. Aber was für ein wohliges, anheimelndes Gefühl strömt von diesem temperamentsprühenden Schauspielersdöckchen in den Zuschauer! Wiener Walzerstimmung.

Das Zusammenspiel ist musterhaft. Den Darsteller der kleinsten Rolle müßte man nennen, so gut paßte jeder in den Rahmen. Ueber allen glitzerte Salk Fedak, die Darstellerin der Titelfrau, im ersten Bild eine stramme, resolute Gutsoberbürgerin, im zweiten und dritten ein berückendes Weib mit dem sicheren Auftreten der Dame von Welt — halb Dame und halb Kokotte — und im vierten wieder eine hausbodene Gattin. Dies Brillieren mit allen Mitteln vollendeter Routine macht ihr so leicht keine Berliner Schauspielerin nach. Von den übrigen durchweg sympathischen Darstellern fiel die

Raise Margarete Köpcke auf. Ein süßes Kappermädchen mit ganz eigener Technik. Aus ihren unerwartet heroorgestohlenen Bewegungen und plötzlich geschwellten Worten blühte eine Rindlichkeit auf, die unübertrefflich war. Obgleich die Komödie sich ein wenig lange hingezogen hatte, war der Beifall der angeregten Zuschauerenschaft außerordentlich herzlich. Dgr.

Die Rätsel der Tiahuanaco-Kultur.

Als die Spanier von bestialischer Goldgier getrieben, die Weltküste Südamerikas eroberten, stießen sie auf eine barbarische Zivilisation, die eine beträchtliche Höhe einnahm und heute noch in ihren kunstvollen Töpfereien, Bechern und um unsere Bewunderung erregt. Die sogenannte Inka-Kultur. Wir wissen heute, daß die Inka-Kultur auf einer viel älteren beruht, die von verschiedenen Zentren ausgeht, aber sich schließlich vereinigt in Tiahuanaco auf dem Hochlande der Nordküste im Süden des Titicaca-Sees. Legationrat Prof. Bosnanski, der dort an Ort und Stelle länger lebte und Forschungen veranstaltete, hat sich eine eigene Theorie über diese Kultur gebildet. Er schreibt ihr ein Alter von 12 000 bis 15 000 Jahren zu. Sie wäre demnach viel älter als die altgriechische Kultur und würde damit zur ältesten menschlichen Kultur überhaupt. Die Begründung seiner These führt Herr Bosnanski geologische Hypothesen an, nach denen Südamerika früher mit anderen Kontinenten zusammenhing. Im Hintergrund taucht sogar das alte Atlantisproblem wieder auf, ohne daß in dessen feste Formulierungen sich als möglich erweisen. Man kann jedenfalls dankbar dafür sein, daß diese Probleme erneut erörtert werden und vor allem dafür, daß dem Laien Gelegenheit gegeben wird, eindrucksvolle Bilder von dieser Kultur zu bekommen.

In einem Filmbortrag der Urania wurde gestern Gelegenheit dazu gegeben, indem die von Herrn Bosnanski aufgenommenen Filme vorgeführt wurden. Man sah das Elend und den Tiefstand der aussterbenden Indianer, die heute das Gebiet des Titicaca-Sees bevölkern und sich für die Nachkommen der alten Herrenrasse halten. Ihre Sitten und Gebräuche, die noch vielfach auf uralte Sitten und Gebräuche zurückgehen, wurden uns gezeigt, und dann stiegen wir unter Führung des Stammesältesten, den Bosnanski als letzten Traditionszeugen der großen Vergangenheit aus gibt, zu der Trümmerstätte empor und sahen die gewaltigen Wände der Tempel und astronomischen Anlagen, die unterirdischen Wohnungen und die mit merkwürdigen Skulpturen bedeckten Tore, die der Sonne gewidmet waren und in den jüngsten bolivianischen Briefmarken wieder auflieben. In merkwürdiger Mischung von Phantasie und Forschung versucht Bosnanski ein Bild dieser alten Kultur, die durch eine plötzliche Katastrophe (ein Erdbeben) zusammenbrach, zu geben. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, was davon der wissenschaftlichen Kritik standhält. Jedenfalls ist das Ganze von großer Anregungskraft. D.

Geht unter tschakischer Aufsicht. Wie die sozialistische Presse mitteilt, wurde vor einigen Tagen in der Via Corbis in Toront eine Anschuldigung vorgenommen, moegen Geoci einen Protest an Mussolini richtete. Die italienische Regierung hat nun geantwortet, der Speer der Anschuldigung sei gewesen, tschakischen, ob zwischen dem Sekretär Geoci und der tschakischen Opposition Beziehungen beständen.

Die entlarvten „Dolchstößer“.

Ein weiterer Sachverständiger gegen Cohnmann.

München, 4. November. (W.B.)

Im Dolchstoß-Prozess wurde am Mittwoch vormittag als weiterer Sachverständiger der Generalsekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages, Dr. Fischer-Berlin, gütlich gehört. Der Sachverständige führte aus: Wer den Begriff „Dolchstoß“ gebraucht, spricht damit die Ueberzeugung aus, daß ein kampfkraftiges und kampfbereites Heer an der Front noch imstande gewesen wäre, günstige Waffenstillstandsbedingungen zu erlangen. Es besteht kein Zweifel, daß der Vorwurf des Dolchstoßes sich gegen die gesamte Sozialdemokratische Partei wendet. Man muß sich klar sein, daß zur Zeit der Veröffentlichung der Dolchstoß-Hefte die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Gruppen längst vollzogen war. Es wird in den Dolchstoß-Hefen vielfach von Novemberverbrechern gesprochen, unter denen man allgemein diejenigen Persönlichkeiten versteht, die im Verlaufe der November-Revolution in der vordersten Linie standen, also Ebert, Scheidemann, Landsberg u. a. Wenn der Leser nun ein solches Heft in die Hand nimmt, wird er, wenn er den Titel „Der Dolchstoß“ liest, die Vorstellung vom Dolchstoß, die sich bis dahin im Laufe der Zeit ergeben hat, bekommen. Die Frage, ob in diesen Heften der Begriff des Dolchstoßes, wie er sich bis dahin entwickelt hatte, mit übernommen wird, läßt sich mit einem runden Ja oder Nein nicht beantworten. Zunächst ist auf das Titelbild des ersten Dolchstoß-Hefes zu verweisen. Es ist nicht nur ein Dolch, sondern ein Schwert abgebildet, das so groß ist, wie der niedergestreckte Soldat. Der Eindruck dieses Bildes wird noch verstärkt durch die völlige Waffenlosigkeit des niedergestreckten Soldaten. Damit wird schließlich dargestellt, daß der Dolchstoß die einzige Ursache des Niederbruchs ist. Der Sachverständige glaubt nicht, daß die „Süddeutschen Monatshefte“ einen Unterschied zwischen SPD. und USP. haben machen wollen, in dem Dolchstoßheft komme auch das Gegenteil zum Ausdruck.

Benesch und die Deutschen.

Eine Wahrheit des Ministers.

Prag, 4. November. (U.) Außenminister Dr. Benesch kam in einer Wählerversammlung auch auf das deutsch-tschechische Problem zu sprechen. Die Sudetendeutschen, so sagte er, entwickelten im Ausland eine Propaganda, die weder gerecht noch berechtigt sei. Er habe als Außenminister ein ganzes System der Gegenpropaganda aufbauen müssen. Der Standpunkt des Staates sei mit den Worten gekennzeichnet: Solidarität, Beruhigung, wirtschaftliche Mitarbeit, keine Duldsamkeit von Propaganda. Er müsse zugeben, daß die Deutschen in einigen Kleinigkeiten Recht hätten, es handele sich bei den Deutschen aber nicht um einen Existenzkampf, sondern um einen Kampf um die Macht im Staate (!). Diese Frage, wann und wie sich die Deutschen an der Regierung beteiligen würden, könne er als Außenminister nicht beantworten. Die Voraussetzung aber dafür wäre eine klare Stellungnahme der deutschen Opposition zum Staate. Locarno habe der irredentischen Bewegung der Sudetendeutschen den letzten Stoß gegeben. Andererseits aber könnten die Tschechen den Deutschen nichts Besseres bieten als die in Locarno zustandgekommene Verpflichtung, daß sie von den Tschechen nicht in einen Kampf mit dem Deutschen Reich getrieben würden. Sich gegen die Angriffe der Nationaldemokraten und des Dr. Kramarichs verteidigend, schloß Dr. Benesch seine Ausführungen mit der Feststellung, es sei nicht wahr, daß er und seine Partei den Deutschen nachliefe. Es sei jedoch Pflicht der Tschechen, die nationalen Minderheiten für den Staat zu gewinnen.

Irredenta und Auslandspropaganda mögen deutschbürgerliche Politiker der Tschechoslowakei treiben, wobei die Hofentwässerung gemäß ihrer Zweckbestimmung als rasanationalistische Arbeiterfängerfalle der bürgerlichen Reaktion mißgesehen ist. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben mit all diesen Leuten nichts zu tun, werden vielmehr im heiligen Wahlkampf wieder einmal „Dolchverräter“ gescholten, weil sie den Eintritt in die deutschbürgerliche Einheitsfront abgelehnt haben. Wenn aber diese sudetendeutschen Sozialdemokraten wegen der Entrechtung und Bedrängung der 3 1/2 Millionen Deutschen in schärfster Opposition stehen, so wird es sich ihnen weder um die Macht im Staate, noch viel weniger aber um Kleinigkeiten handeln. Die nichtstaatsmännischen Tschechen sollten endlich darangehen, den nichtstaatsmännischen Deutschen die Mitarbeit im Staate zu ermöglichen!

Schnapsverbot in Persien.

Der Landesverweser läßt sich schon König nennen.

London, 4. November. (W.B.) „Chicago Tribune“ meldet aus Teheran: König Pahlavi hat ein Dekret erlassen, worin er die Schließung aller Spielhäuser und aller Branntweinbrenner anordnet und erklärt, seine Herrschaft werde bedeuten: Arbeit und nicht Schauspiel. In seinen Ansprüchen bei den ersten Empfängen von Abordnungen sagte der König wiederholt, er werde sofort großzügige Maßnahmen ergreifen, um die Lage des Landes zu verbessern. Diese Versprechen sind den vorliegenden Berichten zufolge allgemeinen Glauben, da der König als Premierminister Charakter gezeigt habe. Ein Ausschuß ist ernannt worden, um die Bestimmungen für die Wahl der versprochenen verfassunggebenden Versammlung zu treffen, die aus 300 Mitgliedern bestehen und alle Klassen der Bevölkerung vertreten soll, sowie um eine Reform der Verfassung vorzubereiten und damit die Absetzung des früheren Schahs und die Ernennung Pahlavis zu seinem Nachfolger zu legalisieren.

Die Nationalversammlung bestimmt die Staatsform!

W.B. meldet: Die persische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß sie folgendes amtliche Telegramm aus Teheran empfangen hat: Um der öffentlichen Meinung des Landes Rechnung zu tragen, hat der Reichstag (das Parlament) am 1. November beschlossen, die bisher herrschende Dynastie Abdar abzusetzen. Er hat die provisorische Gewalt seiner Hoheit Riza Khan Pahlavi bis zu dem Zeitpunkt übertragen, an dem eine Nationalversammlung einberufen wird, um über die spätere Regierungsform zu beschließen.

Ebertstraße statt Bismarckstraße. Zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ist vom Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. die verlängerte Bismarckstraße Ebertstraße benannt worden.

Groesmühlen in Bodum. Die am Dienstag in Bodum verhafteten Reichsbannerführer sind nach eingehender Vernehmung im Untersuchungsgefängnis bis auf den Kreisleiter Dahm wieder freigelassen worden.

Demokratischer Bürgermeister in New York. Der Demokrat James Walker ist mit überwältigender Stimmenmehrheit zum Bürgermeister von New York gewählt worden.

Reffortkrieg in Südbawien. Infolge der Aufhebung der Eisenbahnfreikarten für das Telephonreparatur-Personal durch den Eisenbahnminister Radjevitch verfiel der Post- und Telegraphenminister die Ausschließung sämtlicher Telephonreparatur-Eisenbahner aus dem Verkehr, da diese Telephonreparatur-Eisenbahner bisher unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden waren.

Südbawische Refruten — kehrt zurück! Der serbische König unterzeichnete einen Ukas, wonach sämtlichen Militärflüchtlingen, die sich am 1. Januar l. X. freiwillig zur Dienstleistung melden, die Strafe erlassen wird.

Der Einbrecher.

Lichter flimmern heiß in die Strohen des Bergnügungsortes, 11 Uhr ist's. Theater, Kinos und Kabarett haben eben ihre Vorstellung beendet, nun ergehen sich Tausende im noch erträglich kalten Oktoberabend. Zwischen der Abendunterhaltung und dem Bett im Heim liegt bei vielen noch ein bißchen Zwiesgespräch, eine Tasse Kaffee, eine Zigarre, eine Zeitung. „Sehn's Sie, ich hab's schon meiner Frau gesagt, mit Locarno ist das so 'ne Sache...“

Was ist das da? Warum stehen an der Ecke so viele Menschen? Und sogar Grüne? Niemand weiß es genau. Schnell findet sich im Roternenglanz ein kleiner Debattierklub der „Wissenden“ zusammen. Jeder hat auf einmal irgend etwas beobachtet. „Ich kam gerad' so, und da kam der Nachtwächter so, nicht wahr? Wie er hier zum Eingang vom Bankgeschäft kommt, will er das Schloß prüfen: dazu wird der Mann ja schließlich bezahlt. Aber da sieht er, daß die Ladentür offen ist!“ „Offen?“ staunt der Chor. „Offen,“ antwortet der erste Sprecher. Dem zweiten macht's schon Schwierigkeiten, sich durchzusetzen, denn jetzt kommt immerzu ein Grüner und gebietet: „Weitergehen, meine Herrschaften, immer weitergehen!“ „Nanu, lassen Sie mich doch nicht gleich an!“ „Ja ja ja!“, beschwichtigt ein anderer. „Haben Sie ihn denn, den Dieb?“ „Ja, keine Ahnung.“ „Wichtig ruft einer, der schon die ganze Zeit sich bemüht hat, durch die hohen Fenster ins Innere der Bank schauen zu können: „Doch, da is er ja!“ Große Aufregung, Sensation! Man stürmt die Fenster, drückt fast Scheiben ein — richtig, zwischen zehn Beamten steht ein dunkelhaariger Mann. Dunkle Haare — schon verdächtig. Man freut sich: einen Geldschrankknacker sieht man nicht alle Tage. Und so beschließen hoffnungslos die meisten, zu warten. Gesprächsthema bleibt Er, seine Habheit der Dieb. „Bitte weitergehen, meine Herrschaften!“ „Na, er wird kein Geld gehabt ham für'n Sonntag!“ „Direkt von der Strafe aus — buh!“

Möglich, daß der Einbruch von vorn erfolgte, aber „hinten raus“ ist der „dufte“ Bruder dann jedenfalls verduftet. — Ein Grüner weiß nämlich zu berichten, daß „der verdächtige Schwarzhaarige“ ja „nur“ der Wächter ist — „Ist das aber gemein...“ Bald ist die Strafe still und einsam.

Am Vorabend des Bothmer-Prozesses.

Die Potsdamer „Sensation“.

Potsdam hat seine Sensation. Der Prozeß der Gräfin v. Bothmer, morgen, übermorgen und noch länger — 14 Tage sind dafür in Aussicht genommen. Man hört in Potsdam immer wieder zwei Fragen: „Wissen Sie nicht, wie man eine Karte bekommt?“ und „Sagen Sie, was sie es wirklich?“

Beim Gerichtstastler in der Kaiser-Wilhelm-Straße Neben-Zettel: „Karten werden nicht ausgegeben.“ Er war ein geplogter Mann, man hat ihm die Tür eingegeben. Die Unterbringung der Presse mocht Schwierigkeiten. Annähernd 25 Vertreter sind angemeldet. Heute hat man einen Ausweg gefunden. Die Geschworenenbänke für die Presse wird der Justizminister bewilligen. Die Frage ist zur Stunde noch ungelöst. „Alles Recht will ich stärken, alles Unrecht kränken.“ Dieser Spruch hängt über jener Tür, durch welche die Gräfin den Schwurgerichtssaal morgen betreten wird, in welchem das erweiterte Schöffengericht gegen sie tagt. Bekanntlich hat die Angeklagte das Potsdamer Gericht um einige Wünsche gebeten, sie sind ihr bis auf einen bewilligt. Außer dem bereits bewilligten Auto für die Fahrt zum Gericht darf sie sich einen Friseur kommen lassen, ihre gewünschten Geschenke, darunter das Glücksarmband, dürfen ihr gebracht werden. Frau v. Bothmer scheint eine geradezu kindliche Eitelkeit zu besitzen. Ein funkelndes Kleid ist zur Verhandlung für sie geordert. Nur eins kann das strenge Gericht nicht erlauben: das Mitbringen des Gerichtsboten. Im Zimmer Nr. 30 muß sie es einnehmen. Nr. 30 ist die Zelle der Angeklagten, die sich in Untersuchungshaft befindet.

Das Blatt für „deutsche Art“.

Immer verleumdend...

In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 25. Oktober 1925 findet sich folgende Notiz:

„Der Herr Amts- und Gemeindevorsteher auf Abwegen. Der seit Anfang August beurlaubte Amts- und Gemeindevorsteher Karl Meite in Dahlmig-Hoppegarten bei Berlin ist jetzt vom Landrat des Kreises Niederbarnim vom Amte suspendiert worden. Wegen Meite schwebt nicht nur ein gerichtliches Verfahren wegen Sittlichkeitsdelikten, sondern es haben sich auch in der Führung der Kassengeschäfte Unstimmigkeiten ergeben. Meite, seiner politischen Herkunft nach Sozialist, war der erste besetzte Gemeindevorsteher der Gemeinde. Er wurde im Jahre 1919 von der Gemeindevertretung einstimmig auf 12 Jahre gewählt.“

In diesem Geschreibsel ist nur das eine richtig, daß gegen Meite ein Disziplinarverfahren schwebt, er hat aber nie der SPD. noch einer anderen sozialistischen Partei angehört. Vielleicht erkundigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ einmal bei dem deutschen Nationalen Rittergutsbesitzer Heinrich v. Trestow auf Dahlmig nach der politischen Herkunft des Meite, denn der letztere war ja ihrem Parteifreund bis zum Jahre 1919 als Amtssekretär unterstellt. Freilich dürfen wir nicht hoffen, daß diese Feststellung dazu beitragen wird, die Wahrheitsliebe des Blattes „für deutsche Art“ zu stärken.

Verhängnisvolle Ohrfeigen.

Unter der Beschuldigung, den Tod ihrer Tante verursacht zu haben, wurde gestern die Frau des Kräfte N. aus der Trestowstraße 63 zu Pankow festgenommen. Frau N. lebt von ihrem Manne getrennt, wohnt aber in demselben Hause. Die Wirtin führte dem Manne eine 68 Jahre alte Tante Marie Sch. Als N. vorgestern abend nach Hause kam, fand er die Tante in einem bedauerlichen Zustande auf dem Beite liegen. Sie gab an, seine Frau sei dagewesen, habe mehrere Sachen an sich genommen und sie, als sie das habe verhindern wollen, mit einem Brett auf den Kopf geschlagen, so daß ihr gleich schlecht geworden sei. Die betagte Frau wurde nach dem Krankenhause gebracht und starb dort gestern an einem Bluterguß im Gehirn. Frau N. wurde daraufhin von der Kriminalpolizei festgenommen. Sie gibt zu, der Tante einige „Ohrfeigen“ gegeben zu haben, weil sie ihr den Zutritt zur Wohnung habe verwehren wollen.

„Das rote Gespenst“ vor der Haustür.

Die allabendliche „Kreuzzeitung“ mit Gott für König und Vaterland ist vor Entsetzen förmlich außer sich. Sie weiß etwas Grauen-erregendes, was zwar noch keinem Menschen außer ihr bekannt ist, aber das ja gerade ist das Furchterliche: „In kurzen wird die „Radikultur“ ordentlich Lehrgegenstand in den Berliner Schulen werden.“ So meldet sie und berichtet dann trübenden Auges über eine Versammlung der Vereinsovertreiter und der Delegierten zum Ortsausflug für Jugendpflege in Neutalun, auf der nach einem Vortrag angeblich beschlossen sein soll, in den Neutaluner Schulen Vorträge über Radikultur zu veranstalten. Das niedererschütternde Wahlergebnis ist den blaßblauen Schreibertischen in der „Kreuzzeitung“ anscheinend so verderber ins Gehirn gefahren, daß sie die Begriffe verwechseln, und ein T für ein U ansehen. Uebelste Brüderie und ein verächtlicher Appell an die trübsten Instinkte der Speisefeste in Klein-Budow spricht aus dem Schlußsatz, in dem es heißt: „Die Berliner Eltern haben daher mit der Radikultur in den Schulen zu rechnen.“

Uns dünkt, daß gerade den Herren von Zhenpff und Wdewitz ein wenig „Radikultur“ zur Ausfüllung ihrer anscheinend sehr verstaubten Gehirne dringend notwendig ist.

Bootsunglück auf dem Tegeler See.

Sechs Boote gekentert.

Heute um 10 1/2 Uhr vormittags übten 32 Mann der Hochschule für Leibesübungen, Spandau, mit sechs Kuderbooten auf dem Tegeler See. Infolge des hohen Wellenganges kenterten sämtliche Boote. 31 Mann wurden vom Borstig-Dampfer aufgefischt, ein Schüler, namens Weber, der Hochschule wird noch vermisst. Die Boote sind sämtlich geborgen worden. Reichswasserschutz und Kriminalpolizei waren zur Stelle. Es erscheint unglaublich, wie die Schüler bei dem heute tobenden Sturm eine Ausfahrt machen konnten. Der Leitung, die das Juchel oder anregte, taun der Vorwurf der leichtfertigen Handlungsweise nicht erspart bleiben.

Schüsse in der Nacht.

Das Abenteuer eines Schupo-Beamten.

Schüsse verursachten in der vergangenen Nacht einige Aufregung in Koabit. Ein Schupo-Beamter des 24. Reiters wurde auf seinem Rundgang von Bewohnern des Hauses Emdener Str. 5 angerufen, weil sie auf der Bodentreppe ein Geräusch gehört und dann einen Mann dahinegen gefunden hatten.

Der Beamte, dem er über seine Person keine Auskunft geben wollte, mußte Gewalt anwenden, um ihn nach der Wache zu bringen. An der Ecke der Emdener und Waldener Straße verlegte er dem Wachtmeister plötzlich einen Tritt vor den Unterleib, so daß er zu Boden fiel, entriß ihm den Gummiknüppel und schlug auf ihn ein. Der schwer Bedrängte gab drei Schreie, schloß ab und raffte sich dann wieder auf. Als die Schüsse eine größere Menschenmenge anlockten, die zum Teil für den Beamten und zum Teil für den Angreifer Partei nahmen, ergriff der letztere die Flucht. Der Beamte schloß jetzt diermal hinter ihm her, ohne ihn zu treffen. Dabei erhielt eine Frau Lüdike aus der Wickestraße einen Streifschuß am linken Oberschenkel. Mehrere Beamten eilten zu Hilfe, holten den Stützenden ein, ergriffen ihn und brachten ihn nach der Reiterwache, wo er als ein 23 Jahre alter Walter Kozimig festgestellt wurde, der angeblich in der Wickestraße wohnt. Frau Lüdike wurde nach dem Birkow-Krankenhaus gebracht.

Keine Angst vor Zahnoperationen!

Man schreibt uns: Der in der Sonntagsnummer berichtete Tod eines jungen Berliner Kaufmanns als Folge des mit Betäubung vorgenommenen Ziehens von zwei Zähnen gehört in der Zahnmedizin zu den größten Seltenheiten. Die heute allgemein angewendete lokale Betäubung, um Zahnoperationen völlig schmerzlos auszuführen, ist an sich ganz ungefährlich. Voraussetzung ist natürlich, daß bei der Betäubung wie bei der Operation selbst absolut einwandfreie Instrumente benutzt werden und mit reinen Fingern gearbeitet wird. Jeder gewissenhafte Dentist oder Zahnarzt wird daher nur Instrumente benutzen, die nach jedem Gebrauch in desinfizierender Lösung ausgesetzt sind. Die Erscheinung, daß nach der Operation das Gesicht anschwillt, ist nichts Unmögliches, wird sogar in der Zahnmedizin im allgemeinen nicht ungern gesehen, weil sie bei sehr empfindlichen Individuen die Wundfolgen und auch gewisse Nachwehen der Betäubung leichter überwindet. Sehr wichtig ist, daß mindestens während der ersten 24 Stunden nach der Operation nicht geraucht wird, weil sonst durch Eindringen von Nikotin in die offenen Gummienwunden leicht Blutvergiftung entstehen kann.

Franz Wihberger, der frühere langjährige Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, der Vorgängerin der „B. Z. am Mittag“, ist, wie die „B. Z.“ mitteilt, gestern in Schöneiche bei Friedrichshagen, wo er seinen Lebensabend verbrachte, im Alter von 70 Jahren gestorben. Mit ihm ist seine Gattin aus dem Leben geschieden. Sie hatten beschlossen, gemeinsam den Freitod zu wählen.

Im Dienste tödlich verunglückt ist der Eisenbahnschaffner Wilhelm Höst aus Stettin. Er hatte von dort einen Zug nach Berlin begleitet und in einer von der Eisenbahnverwaltung eingerichteten Stelle in Pankow übernachtet. Heute morgen wollte er einen Güterzug nach Stettin zurückbegleiten. Als er um 7 Uhr die Schlaf-Laterne anbrachte, hörte er nicht, daß auf demselben Gleis noch einige Wagen heranrollten. Er geriet zwischen die Puffer, die ihm den Kopf zermalmeten.

Emil Ludwig, der bekannte Verfasser historischer Darstellungen, spricht auf Veranlassung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg, am nächsten Montag, den 9. November. Einlaß zu der Veranstaltung ist nur mit Karten gestattet, die im Gauverkau, Berlin S. 14, Eckbalkenstr. 37/38, erhältlich sind.

Ein neues Bergwerksunglück.

Zwei Todesopfer.

Krefeld, 4. November. (W.B.) Heute vormittag erfolgte auf der Schachtanlage 1 und 2 der Zeche Friedrich Heinrich Linfort (Kreis Mors) beim Vortreiben eines Querschlags im Nebengestein eine örtlich begrenzte Schlagweiterentzündung. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Die Explosion hat zwei Todesopfer gefordert. Sechs weitere vor Ort beschäftigte Leute kamen mit geringen Verletzungen davon. Der Betrieb ist in keiner Weise beeinträchtigt. Eine Untersuchung durch die Bergbehörden ist im Gange.

Die Beerdigung der Opfer auf „Zeeche Holland“.

Esien, 4. November. (U.) Auf Wunsch der Angehörigen findet die Beerdigung der verunglückten Annapen von Zeeche Holland I und II in den Tagen vom Mittwoch, den 4. November bis Freitag, den 6. November, von den einzelnen Trauerhäusern aus statt.

Noch ein Todesopfer.

Gelsenkirchen, 4. November. (W.B.) Von den beim Grubenunglück auf der Zeche Holland verunglückten Bergleuten ist der schwerverletzte Bergmann Jochke heute nachmittag seinen Verletzungen erlegen. Jochke war 26 Jahre alt und ledig. Hiermit hat sich die Zahl der Toten auf 18 erhöht.

Sturm an der französischen Küste.

Paris, 4. November. (U.) Seit Sonntag abend wütet über der Kanalflüte und der des Atlantischen Ozeans ein heftiger Sturm. Eine Fischerbark wurde gestern nacht 35 Meilen von Dieppe vom Sturm überrollt. Drei Matrosen wurden von einer Woge entführt und konnten nicht wieder aufgefunden werden. Alle Ueberlebenden laufen mit großer Verzweiflung ein. Der amerikanische Dampfer „Avon“ traf mit 24stündiger Verspätung in Cherbourg ein. Die „Berengaria“, die aus New York mit einer halbtägigen Verspätung im Hafen einfiel, wurde von dem Sturm schwer mitgenommen. Der Kapitän erklärte, daß er seit 32 Jahren keine so stürmische See erlebt habe.

Ein Amokläufer. Nach einer Meldung aus Singapore tötete ein malayischer Amokläufer auf einem von Singapore nach Penang fahrenden Schiff den Kapitän und hat acht Eingeborene schwer verletzt, bis er schließlich von einem Europäer erschossen wurde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

16. Abt. Donnerstag, den 5. November, 7 1/2 Uhr. Funkübertragung bei Bölen (früher Wenzels). Preis: 10 Pf. Die Sammlungen müssen bei mit abgerechnet werden.

